

zugleich zu einer Entleerung der politischen Inhalte.

– *Verfremdung der Gesetze*: Sie dienen häufig weniger der Allgemeinheit und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte, seien vielmehr häufig das ausgehandelte Ergebnis der Übereinkunft zwischen organisierten Interessen, die sich häufig eine Art Vetorecht bei der Gesetzgebung herausnehmen würden.

– *Entmachtung des Parlaments*: Dieses werde zum bloßen Instrument notarieller Beglaubigung der bereits anderswo getroffenen Entscheidungen.

– *Gesetzgebungsdschungel*: Es gebe zu viele und zu unklare Gesetze; die Gesetzgebung wirke aufgebläht und zugleich zusammenhanglos. Gesetzesübertretungen folgten häufig keine Sanktionen; von vornherein absehbare Steueramnestien und Straferlasse führten dazu, daß die Bürger die Gesetze und die rechtsstaatliche Ordnung überhaupt nicht mehr ernst nähmen.

Das Dokument vermeidet es, einseitig den Politikern die Schuld an den Verfallserscheinungen des Landes zu geben. Es sucht die Wurzeln des Übels auch *nicht allein* in den staatlichen Institutionen und im Verhalten der politischen Führungsgarnitur und des Gesetzgebers, der das Funktionieren der rechtsstaatlichen Institutionen zu garantieren hat. Es sieht die Ursachen dafür durchaus auch in der Gesellschaft und beim Bürger selbst. Das

ganze Papier ist ein nachhaltiger Appell zur politischen Gewissensschärfung, will Gemeinsinn wecken bei den Politikern selbst wie bei den Vertretern organisierter Interessen und beim Bürger als dem individuellen Subjekt der Gesellschaft.

## Verkehrtes Signal zur falschen Zeit?

Es will die Verantwortung für die öffentlichen Dinge stärken, geht aber wenig den geschichtlichen Ursachen der jetzigen Malaise nach. An diesen hat die Kirche in Italien und hat das Papsttum selbst einen nicht zu unterschätzenden Anteil, soweit damit Gründe für das defizitäre Verhalten des einzelnen und der gesellschaftlichen Kräfte gegenüber dem Allgemeinwohl und deren Widerspiegelung in den politischen Strukturen des Landes gemeint sind.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen bestimmten geschichtlich gewachsenen katholischen Verhaltensweisen und einer spezifisch italienischen Vernachlässigung der Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Unter Berufung auf die von der Kirche zu vermittelnde „höhere Barmherzigkeit“ wurde der Staat als Garant der Rechtsordnung zu häufig als etwas Zweitrangiges angesehen. Das hat Wirkungen auf die Bevölkerung und auf die Art, Politik zu verstehen und zu praktizieren. Die DC selbst, aus-

gelaugt von langer Machtausübung und in viele Gruppierungen und Grüppchen aufgespalten, ist ein getreues Spiegelbild solcher Wirkungen. Gerade sie verkörpert eine Entwicklung, die Italien gesellschaftlich und in seinen staatlichen Institutionen mehr und mehr von innen her bedroht. Genau das will die Pastoralnote zum Ausdruck bringen.

Da fragt man sich, ob die Mahnung zur politischen Geschlossenheit, die praktisch der Aufforderung gleichkommt, sich um die DC zu scharen, nicht *kontraproduktiv* oder jedenfalls ein verkehrtes Signal zur falschen Zeit ist. Welchen Sinn kann es in einer Situation, in der Italien an die Grenzen seines Überlebens als geordnete Gesellschaft kommt, noch haben, den Schulterfluß mit der Partei zu fordern, die für eine äußerst prekäre Entwicklung mitursächlich verantwortlich ist? Und kann Bindung an eine bestimmte Partei überhaupt noch ein Zukunftskonzept sein? Kommt es nicht vielmehr darauf an, Katholiken in allen Lagern und aus allen Richtungen zu mobilisieren, damit diese mit allen Kräften guten Willens sich für die *Wiedergesundung des Landes und seiner politischen Strukturen* einsetzen? Der Zwiespalt zwischen der Mahnung des Kardinals zum politischen Zusammenhalt der Katholiken und der tatsächlichen Verfaßtheit des katholischen politischen Lagers in Italien ist jedenfalls offensichtlich. D.S.

# Fin de siècle oder Ende einer Präsidentschaft

## Umbruchstimmung in Politik, Gesellschaft und Kirche Frankreichs

*Frankreich tut sich schwer mit sich selbst. Zehn Jahre nach Amtsantritt von Präsident François Mitterrand zeigen die politischen Institutionen der V. Republik mehr denn je ihre Tücken. Ein Poker um ihre Veränderung hat begonnen. Das nach Mittel- und Osteuropa sich erweiternde Europa verunsichert ein Land, das gerne eine Sonderrolle spielte. Die Franzosen sind der traditionellen politischen „Religionskriege“ überdrüssig. Und der katholischen Kirche werden ihre Motive dafür, zu einem neuen Miteinander von Staat und Religion zu kommen („nouvelle laïcité“), vielfach nicht abgenommen.*

In der französischen Öffentlichkeit macht gegenwärtig ein Wort die Runde, das sich nur in neueren Wörterbüchern findet: In älteren stößt man zwar auf das Adjektiv „sinistre“ (zu deutsch: unheilvoll) bzw. das Nomen „le sinistre“ (Unglück), das Substantiv „la sinistrose“ (Unglückspsychose) sucht man jedoch vergeblich. Aber genau dies Wort scheint gegenwärtig die Stimmung in Frankreich besser als viele andere Wörter wiederzugeben: Das Land wird gegenwärtig von einer Welle von Nachdenklichkeit erfaßt, die so gar nicht zum bekannten Selbstbewußtsein der „grande nation“ passen will.



Bei soviel Selbstkritik und Infragestellung, wie sich im Spätherbst 1991 wie schon lange nicht mehr auf Land und Bewohner ergossen, denkt man unwillkürlich als erstes an die lange Liste von Skandalen und Stolpersteinen, Mißgeschicken und Mißgriffen, die die französische Politik der letzten Monate begleiteten: Der Ernennung der Mitterrand-Vertrauten *Edith Cresson* im Mai letzten Jahres zur Nachfolgerin von *Michel Rocard* im Amt des Premierministers brachte Präsident *François Mitterrand* und seiner Regierung nicht den erhofften Popularitätsgewinn – im Gegenteil: beide haben mit einem kaum noch zu unterbietenden Beliebtheitstief zu kämpfen.

### Eine „kollektive Psychose“, Anzeichen von „Atemschwäche, beinahe von Verwesung“

Demonstrierende Krankenschwestern, Lastkraftwagenfahrer, Lehrer, Bauern, Polizisten und andere verwandelten den Herbst 1991 in Paris in eine „Art schleichenden Mai 1968“ (*Le Monde*, 7. 11. 91), einen Vergleich, den man – angesichts der traumatischen Erinnerungen, die das Land damit verbindet – in Frankreich nicht leichtfertig in den Mund nimmt. Die Aufdeckung von Infizierungen von mit dem AIDS-Virus verseuchten Blutkonserven aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre ließ die Franzosen mit Entsetzen fragen, wie so etwas in einem Land passieren kann, das sich auf seine wissenschaftlich-technische Kompetenz und zivilisatorische Standards einiges zugute hält. Die Schatten des vom französischen Geheimdienst 1985 versenkten Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior“ gehörten ebenso wieder einmal dazu wie das leidige Thema Parteispenden, das *François Mitterrand* auch mit einer Amnestie nicht hat abschütteln können.

Nicht zu vergessen eine *Arbeitslosenquote* von bald zehn Prozent, die einfach nicht zu der alles andere als besorgniserregenden wirtschaftlichen Gesamtlage passen will. Manches unglückliche Agieren im Zusammenhang mit dem *Zusammenbruch der ehemaligen kommunistischen Regime Osteuropas* schlugen ebenso zu Buche wie eine Entscheidung, die die Widersprüche zwischen hehren politischen Zielen – in diesem Fall die *Dezentralisierung* bzw. *Regionalisierung* – und deren politische Umsetzung mehr als vieles andere veranschaulichte: die Verlegung der „Ecole nationale de l'administration“ (ENA), Kaderschmiede der politisch-administrativen Elite des Landes, von Paris nach Straßburg; bei wohlwollender Lektüre also von der französischen in die europäische Hauptstadt in spe – von den Betroffenen, Schülern wie Lehrern, jedoch eher als Verbannung an die elsässische Peripherie empfunden.

So sehr diese und andere Vorkommnisse auf die Stimmung im Lande sichtlich drückten, es handelt sich um *mehr als ein vorübergehendes Beliebtheitstief* einer politischen Führung. Einer der bekanntesten Diagnostiker von Staat und Seele Frankreichs, der „Academicien“ und Minister a. D. *Alain Peyrefitte*, sprach gar von einer „kollektiven

Psychose“ (*Le Figaro*, 27. 11. 91). Die französische Gesellschaft zeige Anzeichen von „Atemschwäche, beinahe von Verwesung“ („décomposition“). Er fragte, ob es vielleicht daran liege, daß die staatlichen Autoritäten nicht hielten, was sie versprächen. „Macht der Körper den Kopf krank? Oder ist der Kopf krank, weil der Körper es ist?“ 1976, als zum erstenmal in der V. Republik ein Nichtgaulist Präsident war, *Valéry Giscard d'Estaing*, und sich an liberalen Reformen des Staates versuchte, diagnostizierte *Peyrefitte* in seinem gleichnamigen Buch das „Übel Frankreichs“ („Le Mal Français“), worunter er auch jenen starken republikanischen Staat verstand, mit dem die Franzosen bis heute noch nicht fertig geworden sind. Kehrt – so *Peyrefitte* – dieses traditionelle Übel unter neuem Gewand nur wieder zurück, oder hat man es mit einem „nouveau mal français“ zu tun?

*Alain Peyrefitte* ist unverdächtig, den politischen Ambitionen und Vorstellungen von *François Mitterrand* nahezustehen – als „Sündenbock“ für die gegenwärtige Malaise in seinem Land soll der Präsident seiner Ansicht nach dennoch nicht herhalten müssen. Trotzdem steht der Präsident im Mittelpunkt der laufenden Auseinandersetzungen – und das hat nicht zuletzt damit zu tun, daß der *zehnte Jahrestag der Übernahme der Präsidentschaft* durch den Sozialisten *François Mitterrand* im Mai 1981 „allenthalben gemischte Gefühle“ auslöste (*Henrik Uterwege*, Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Mitterrand 1981–1991, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen*, 15. 11. 91, 16–25, hier: 16). Der Glanz der zu Wahlkampfzwecken gerne beschworenen „*génération Mitterrand*“ hat deutlich nachgelassen.

### Ist auf den politischen Taktierer Mitterrand auch diesmal Verlaß?

Von Mitterrand selbst wird der Ausspruch von 1981 kopiert, sieben Jahre seien eine lange Zeit. Inzwischen schallt ihm aber entgegen: „Vierzehn Jahre ist eine *zu* lange Zeit“ (*Peyrefitte*, in: *Le Figaro*, 29. 11. 91). Ginge es andererseits lediglich darum, daß die Präsidentschaft Mitterrands sich inhaltlich erschöpft und sich selbst überlebt hätte, bestünde nicht wirklich Anlaß zu kollektiven Depressionen. Man würde eine bürgerliche Alternative ins Amt wählen und gäbe so dem zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus hin und her lavierenden Parti Socialiste Gelegenheit, sich in der Opposition zu regenerieren. Aber weder ist die bürgerliche Opposition in einem Zustand, daß sie sich als verheißungsvolle Alternative anböte, noch drängt sich der Sache nach tatsächlich eine zwingende Alternative auf.

Denn die Zeit der *sozialistischen Visionen*, mit denen der Kandidat Mitterrand 1981 den Wechsel herbeiführte, war ohnehin nur kurz. Seine Wiederwahl 1988 erreichte er nicht mehr im Namen der Vorstellungen, mit denen er 1981 angetreten war, sondern berief sich auf eine entideologisierte „France unie“. Der populäre Pragmatiker *Michel Rocard* war in dieser Situation der Richtige, mit



dem eine sozialistisch geführte Minderheitsregierung die traumatischen Jahre der „cohabitation“ zwischen einem sozialistischen Präsidenten und einem gaullistischen Ministerpräsidenten, *Jacques Chirac*, vergessen machen konnte. Auch zahlreiche Parteifreunde Mitterrands werden Alain Peyrefitte kaum widersprechen, wenn dieser feststellte: „Die Macht der Sozialisten verschleiert . . . nur den Zusammenbruch ihrer traditionellen Themen“ (a.a.O.). Premierministerin Cresson sollte als Frau wichtige Wählerschichten an den Parti Socialiste binden, den Schulterschuß mit Mitterrand vereinfachen und als in der Wolle gefärbte Sozialistin diejenigen zufriedenstellen, für die die „Décennie Mitterrand“ – so der Titel einer auf drei Bände angelegten Chronik der Amtszeit Mitterrands der Journalisten *Pierre Favier* und *Michel Martin-Roland* (erster Band, Paris 1990; zweiter Band, Paris 1991) – unter dem Odium des *Verzichts auf eine unterscheidbare sozialistische bzw. sozialdemokratische Programmatik* steht.

Auf den politischen Taktierer Mitterrand war jedoch auch diesmal wieder Verlaß. „Tonton“ – wie die Franzosen ihren Präsidenten in einer unnachahmlichen Mischung aus ebenso familiärer Vertrautheit wie respektloser Ironie nennen – riß das Gesetz des Handelns erneut an sich, kündigte eine *Reform des Wahlrechts* an, schließlich, daß er dem Volk eine Reihe von *Verfassungsänderungen* zur Abstimmung vorlegen werde, und stürzte so zuallererst seine eigenen Mitstreiter in heillose Verwirrung. Da das meiste seiner Überlegungen weder neu ist, noch ausschließlich die Handschrift der Sozialisten trägt, hielt sich der Widerspruch in Grenzen, die Begeisterung ob dieses neuesten Schachzugs des Manns aus dem Elysée-Palast aber ebenso, nach der Devise: „Der Präsident hat recht, aber niemand will mehr mit ihm spielen“ (L'Évènement du jeudi, 14.–20. 11. 91).

Seitdem wechseln täglich die Meldungen über die neuesten Modelle und Szenarien, wie sich die „classe politique“ des Landes kommende Reformen vorstellt. Grob lassen sich zwei z. T. quer zu den politischen Lagern anzutreffende Tendenzen unterscheiden: Die einen wollen die Verfassung in *einigen begrenzten Punkten* verändern („changer la République“), die anderen wünschen sich eine *andere Republik* („changer de République“). Im einen Fall werden neben der Rückkehr zu einem Verhältniswahlrecht oder doch zumindest zu einem Mehrheitswahlrecht mit starken Proporzanteilen immer wieder die Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten zur Diskussion gestellt. Im anderen Fall geht es darüber hinaus um eine völlige Umgestaltung des traditionell schwierigen Zueinander von Präsident, Regierung und Parlament.

Vertreter beider Tendenzen sehen sich auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre zu Reformen tiefgreifender Art geradezu gedrängt: François Mitterrand hat die Logik der V. Republik auf die Spitze getrieben. „Glückliches Paradox – durch sein Verhalten und durch die Tatsache, daß er sein Amt so lange ausübte, hat er uns die Gelegenheit gegeben, dieses Amt als erdrückend und unheilvoll zu erfahren“ (L'Évènement du jeudi, 31. 10. – 6. 11. 91). Mitterrand – einst Gegner des de Gaulle auf den Leib

geschnittenen Präsidentenamtes – erwies sich – Ironie seiner mehr als zehnjährigen Präsidentschaft – als gaullistischer, als es ihm auch seine engsten Vertrauten zugetraut hätten.

## Wird es eine zweite Periode der „cohabitation“ geben?

Als problematisch gilt außerdem nicht erst seit den Tagen der „cohabitation“ das Amt des *Premierministers*. Dem äußeren Zuschnitt nach ähnelt die Aufteilung der Regierungsverantwortung in der V. Republik derjenigen im US-amerikanischen Präsidialsystem, mit dem Unterschied, daß das französische System einen Premierminister kennt, ohne daß der Inhaber von seinen Befugnissen her jedoch ein wirklicher Regierungschef wäre. Als Alternative bietet sich entweder die *Streichung des Premierministeramtes* an – damit würde der Präsident automatisch stärker in Regierungsverantwortung eingebunden und könnte sich nicht mehr in jener gerade von Mitterrand bis zum Exzeß gepflegten und vielfach verspotteten abgehobenen Rolle des Vaters der Nation („Gottvater“) sonnen. Oder aber man entschlösse sich zur Stärkung des ersten Ministers der Regierung im Sinne eines *wirklichen Ministerpräsidenten* durch dessen stärkere Anbindung an das Parlament. Dies würde jedoch zugleich die Beschneidung der Befugnisse des Präsidenten voraussetzen, zu dessen traditionellen Zuständigkeiten bisher die Außen- und Verteidigungspolitik gehört.

Ihre besondere Brisanz erhalten die Auseinandersetzungen um die Verfassungsänderungen dadurch, daß Frankreich in den kommenden Jahren verschiedene *Wahlen* bevorstehen, von den Regionalwahlen 1992 über die Wahlen zur Nationalversammlung 1993 bis zu den Präsidentschaftswahlen 1995, und allen Beteiligten an aussichtsreichen Ausgangspositionen gelegen ist, allem voran beim Thema *Wahlrechtsreform*. Dieses Thema beschäftigt die politische Führung unter Mitterrand nicht zum erstenmal. Bereits in seiner ersten Amtszeit war das traditionelle Mehrheitswahlrecht abgeschafft und durch ein Verhältniswahlrecht ersetzt worden, ein Schritt, der jedoch von der bürgerlichen Mehrheit und Ministerpräsident Chirac während der „cohabitation“ wieder rückgängig gemacht worden war.

Ein wie immer im einzelnen geartetes Verhältniswahlrecht würde dem rechtspopulistischen Front National von *Jean-Marie Le Pen* eine parlamentarische Vertretung bescheren – in der gegenwärtigen Assemblée Nationale ist der FN nicht vertreten, was jedoch seine politische Bedeutung kaum schmälert – und damit vor allem, aber nicht nur, die bürgerlichen Parteien weiter schwächen. Andererseits stiegen damit auch die Aussichten der ohnehin stärker werdenden Ökologen des Elsässers *Antoine Waechter* – gleichfalls in der Pariser Nationalversammlung bisher nicht vertreten – sowie der Zentristen, die seit einigen Jahren gegenüber dem UDF-Bündnis eine unabhängigere Rolle spielen, beides Parteien, die auch als Koalitionspartner einer *denkbaren künftigen Mitte-*



*Links-Regierung* in Frage kämen. Andererseits verlöre der Parti socialiste in seinem Lager damit wahrscheinlich die beherrschende Position, die er heute noch besitzt, so daß manche Sozialisten einer Wahlrechtsänderung mit durchaus gemischten Gefühlen entgegensehen.

Was die Amtszeit des Präsidenten angeht, reichen die Vorstellungen gegenwärtig noch von der Beschränkung auf eine einzige siebenjährige bis zur Schaffung einer fünfjährigen Amtszeit mit der Möglichkeit einer einzigen Wiederwahl. Wenn eine Beschränkung von sieben auf fünf Jahre durchgehen sollte, wird davon ausgegangen, daß Mitterrand selbst den Anfang machen würde. Auf diese Weise könnte er sich eine drohende erneute „cohabitation“ mit einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit für den Fall ersparen, daß die Mehrheitsverhältnisse sich verändern sollten. Daß der Präsident und seine Gefolgsleute bemüht sind, ein solches als demütigend empfundene Ende der Ära Mitterrand zu vermeiden, gilt als ausgemacht.

## Wider die altbekannten Hackordnungen, Glaubensbekenntnisse und „Religionskriege“

Andererseits ist die Länge der Amtszeit des Präsidenten nur ein Element im Zusammenspiel von Exekutive und Legislative in Frankreich. All denen, die an weiterreichenden Reformen interessiert sind, ist die *relative Machtlosigkeit des Parlaments* seit langem ein Dorn im Auge. Gerade auch auf diesem Gebiet bieten die letzten Jahre der sozialistisch geführten Regierung reichlich Anschauungsmaterial: Bereits der Präsidentschaftskandidat Mitterrand hatte sich 1981 dafür ausgesprochen, sparsam mit der Möglichkeit umzugehen, Parlamentsbeschlüsse nach Artikel 45 Absatz 4 („vote bloqué“) der französischen Verfassung herbeizuführen, indem über eine Vorlage als ganze abgestimmt wird und die Regierung Änderungsanträge nach eigenem Gusto einarbeiten kann. Der Vorsatz hielt nur so lange, wie man über eine uneingeschränkte absolute Mehrheit verfügte: Nach 1988 nahm die Anwendung dieser Regelung wieder zu; allein 1990 machte die Regierung Rocard 20mal davon Gebrauch. Von 1988 bis Ende Juli letzten Jahres stellten Rocard und Cresson allein 28mal im Zusammenhang mit Gesetzes- und Haushaltsberatungen die *Vertrauensfrage* (Artikel 49 Absatz 3) und brachten so ihre Vorlagen durch. Was von den Begründern der V. Republik als Hilfsmittel für den Ausnahmefall gedacht war, wurde so zu einer normalen, alltäglichen Praxis (vgl. *Adolf Kimmel*, Innenpolitische Entwicklung und Probleme in Frankreich, in: *Aus Politik und Zeitgeschehen*, a.a.O., 3–15, hier: 4 f.).

Von einer sich tatsächlich psychotisch verdichtenden Stimmungslage in Frankreich könnte aber andererseits nicht wirklich die Rede sein, wenn zu diesen seit langem bekannten und beklagten institutionellen Schwächen der V. Republik nicht noch anderes hinzukäme. 50 Journalisten der politischen Pariser Wochenzeitschrift „L'Èvène-

ment du jeudi“ (21.–27. 11. 91) und zahlreiche Fachleute erarbeiteten und veröffentlichten im letzten Herbst ein umfassendes Programm, das Reformen in Verfassung und Regierungsinstitutionen ebenso beinhaltete wie verschiedenste Felder der Innen-, Rechts-, Bildungs-, Sozial-, Wohnungsbau- und Wirtschaftspolitik. Aber – und das war das eigentlich Bezeichnende daran – sie betonten zugleich, daß weder eine Links- noch eine Rechtsregierung, so die bisher gängigen Alternativen, in der Lage sei, sich die innere Logik dieses Programms anzueignen. Man will die Republik nicht nur verändern – man möchte vor allem die als *überholt empfundenen traditionellen „bipolaren Spaltungen“* in Frage stellen und überwinden.

Wenn Franzosen gegenwärtig sagen, sie hätten genug („ras-le-bol“) von den altbekannten politischen *Hackordnungen*, *Glaubensbekenntnissen* und „*Religionskriegen*“, so deutet dies auf Veränderungen hin, die weit über das hinausweisen, was ein simpler Machtwechsel zu bewerkstelligen in der Lage wäre. Jüngere Politikergenerationen drängen in allen politischen Formationen gegen die alten Garden nach vorne. Ethische Fragen zum Mach- und Verantwortbaren haben sich in den Vordergrund der öffentlichen Debatte geschoben. Politische Magazine widmen ihre Titelgeschichten grundsätzlichen Anfragen an Konsum- und Lebensgewohnheiten. Unter dem Druck der Einwanderung vor allem aus den Maghrebstaaten und den als ebenso töricht wie rassistisch empfundenen Vorschlägen Le Pens zur Erschwerung von Einwanderung und Einbürgerung sieht man sich herausgefordert, Farbe zu bekennen in bezug auf die republikanischen Werte, denen man sich verpflichtet fühlt.

## Verbirgt sich hinter der „neuen Laizität“ ein Programm zur „Rechristianisierung“?

*Zuwanderer*, *Dezentralisierung*, *Pluralisierung* der Lebensstile und Weltanschauungen, ein künftiges Wahlrecht, das auch mittleren bis starken Minderheiten eines Tages eine parlamentarische Vertretung sichern dürfte – *dem republikanischen Staat à la française bläst der Wind ins Gesicht*. Alternativen werden desavouierend damit abgetan, Frankreich solle in ein Staatwesen à l'américaine umgekrempelt werden (vgl. *Pierre Birnbaum*, L'impossible Etat à l'américaine, in: *L'état de la France et de ses habitants*, Paris 1989, 346–351). So wie es ist, kann es aber an vielen Stellen nicht weitergehen; und so wie es einmal sein wird oder sein soll, weiß heute niemand. Nur soviel weiß man: Keine der bestehenden politischen Kräfte verfügt über Visionen, die Vertrauen wecken könnten, und wäre in der Lage, sie überzeugend auch gegen mancherlei Widerstände zu vertreten und durchzusetzen.

Man muß den Vergleich nicht auf die Spitze treiben – aber zur weitreichenden kulturell-gesellschaftlichen Umbruchstimmung in Frankreich gibt es durchaus eine Parallele auf religiös-kirchlichem Gebiet. Ein Land wie Frankreich, das nicht nur wegen eines erstarkten Mittel-



europa in bezug auf seine lange Zeit angenommene und gepflegte Einzigartigkeit Federn lassen muß, sondern obendrein entdeckt, daß sich unter dem weiten Mantel der Republik allerlei *Minderheiten* und *Partikularismen* verborgen halten, sieht sich auf neue Weise dem Phänomen der *Kirchen, Konfessionen* und *Religionen* gegenüber. Frankreich ist dabei, dieses Phänomen als etwas zu entdecken, was durchaus das öffentliche Leben tangieren kann. Als sich die der Kommunistischen Partei – beziehungsweise dem, was von ihr übriggeblieben ist – nahestehende Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur“ (31. 10.–6. 11. 91) aus Anlaß der Generalversammlung der französischen Protestanten in ihrer Titelgeschichte mit der „Macht der Protestanten“ befaßte, geriet dieses Dossier zum Versuch, den Lesern *Nachhilfeunterricht* in bezug auf eine christliche Konfession zu erteilen, deren politisches Gewicht durch prominente Mitglieder (Michel Rocard, Verteidigungsminister *Pierre Joxe*, Bildungsminister *Lionel Jospin*, die Bürgermeisterin von Straßburg, *Catherine Trautmann*, die Generalsekretärin des Europarates, *Catherine Lalumière*, und andere) in keinem Verhältnis steht zu dem, was man über sie weiß.

## Religion in der staatlichen Schule – aber nicht als eigenes Schulfach

Der alle Partikularismen zudeckende Republikanismus in Frankreich *hat an Bindekraft eingebüßt*. Unter dem Stichwort der „nouvelle laïcité“ tauchen jedoch nicht nur religiöse Gruppen auf, die immer schon da waren, auch wenn sie nur bedingt zur Kenntnis genommen wurden, etwa die katholische Kirche und die Protestanten, sondern auch allerlei *nichtchristliche Religionen* und *religiöse Strömungen*, allen voran die zweitstärkste religiöse Gruppe Frankreichs, der *Islam*. Wenn die Grundlagen der französischen Spielart von Laizismus gegenwärtig überdacht werden, geschieht dies bereits nicht nur mit Blick auf das Christentum, sondern immer schon in *multireligiöser Perspektive*. Es gibt kaum ein Land in Europa, in dem so aufmerksam registriert wird, wie sich religiöse Fundamentalismen oder das, was man dafür hält, ausbreiten. Versuche etwa der katholischen Kirche, vor allem der Bischöfe, die Bedingungen für das Verhältnis von Staat und Kirche neu zu überdenken und dem Christentum neue Wirkungsmöglichkeiten im öffentlichen Leben des Landes zu erschließen, werden schnell unter den pauschalen Verdacht gestellt, Teil einer im letzten vernunft- und aufklärungsfeindlichen, neointegralistischen Mißachtung der säkularen Gesellschaft mit dem Ziel einer *Rechristianisierung Europas* zu sein – so etwa auch in dem vieldiskutierten Buch des Arabisten *Gilles Kepel*, *La Revanche de Dieu. Chrétiens, juifs et musulmans à la reconquête du monde* (Paris 1991; deutsche Ausgabe: *Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch*, München 1991).

Schon der Verlauf der Diskussion über Religion und Religionen als Sachgegenstand im Unterricht an staatlichen

Schulen zeigt indes, daß eine der französischen Kirche auch von Kepel pauschal unterstellte integralismusverdächtige Rechristianisierungsabsicht bestenfalls alte *Schreckgespenster* wieder hervorholt, jedoch nicht den tatsächlichen kirchlichen Absichten gerecht wird: Die Form von Laizität, die die Bischöfe einklagen, stellt nicht den säkularen Staat samt Pluralismus in Frage, sondern klagt Rechte ein, die man auch als Kirche aus einer pluralistischen Gesellschaftsverfassung für das Christentum ableitet. Nicht eine vermeintlich rechristianisierende Überwindung der Laizität wird angezielt, sondern eine *Neuformulierung der Laizität* unter veränderten Bedingungen in Kirche, Staat und Gesellschaft. Für den Philosophen *Marcel Gauchet* besteht die „Malaise in der französischen Gesellschaft“ gerade darin, daß man aufgrund des traditionellen Antagonismus von Klerikalen und Laizisten letztlich gar keine „pluralistische Kultur“ besitze. Bei der Frage nach einer neuartigen Laizität und geläuterten Beziehungen zwischen Religion und Öffentlichkeit handele es sich in Wahrheit – so Gauchet – um ein „Problem unserer Demokratie à la française (in: *Nouveaux enjeux de la laïcité. Préface de René Rémond*, Paris 1990; vgl. HK, August 1990, 394).

Gegen den Rechristianisierungsverdacht spricht im übrigen bereits die Tatsache, daß die Ansicht, Religion müsse – etwa wie im Fall des deutschen Schulsystems – ordentliches Schulfach werden, bei den zuständigen kirchlichen Fachleuten – zum Leidwesen mancher ihrer Kollegen außerhalb Frankreichs – kaum verbreitet ist. Im Grunde besteht in der katholischen Kirche Frankreichs ein breiter Konsens darüber, daß Religion nur insoweit Gegenstand des Unterrichts an staatlichen Schulen sein soll, wie sie ein „gesellschaftliches Phänomen darstellt, als solches unterscheidbar in der Geschichte der Ideen und der sozialen Gruppen, und nicht im Sinne einer persönlichen Gewissensentscheidung... Die religiöse Erziehung ist Sache der Familien und der verschiedenen Konfessionen. Was die Schule zu leisten hätte, ist gar nicht leicht zu umschreiben. Einige sprechen von *religiöser Kultur*, andere, die Mehrheit, vor allem in der staatlichen Schule, von *Religionsgeschichte*“ (*Edmond Vandermeersch*, *Non à une discipline spécifique*, in: *Panomarques*, No. 2, 4e trimestre 1991, 63–68, hier: 64).

Wie begrenzt im übrigen die Aussichten auf die unterstellten Rechristianisierungsambitionen tatsächlich sind, machte erst unlängst wieder eine sich auf Meinungsumfragen stützende religionssoziologische Studie deutlich (*Guy Michelat, Julien Potel, Jacques Sutter et Jacques Maire*, *Les Français sont-ils encore catholiques?* Paris 1991). Dabei zeigte sich alles andere als das Bild einer entschlossen auf Zurückeroberung gesellschaftlicher Schlüsselstellungen erpichten katholischen Kirche, sondern das einer in die kulturellen und politischen Wirrungen und Veränderungen der Moderne *tief verstrickten Gruppe*: „Die katholische Bevölkerung, den gesellschaftlichen Veränderungen ausgesetzt wie die anderen auch, ist gar nicht in der Lage, ihre eigene Geschichte allein zu bestimmen“ (S. 291).



Auch in dieser Untersuchung ergab sich der Befund eines fortgesetzten Gleitens großer Teile der ehemals gläubigen Bevölkerung in die „Ungläubigkeit“. Die Hälfte derjenigen, die sich als Katholiken bezeichneten, so die Studie, bejahe nicht die speziellen, für den Katholizismus kennzeichnenden Glaubensaussagen. 60 Prozent derjenigen, die sich als katholisch bezeichnen, hätten den regelmäßigen Gottesdienstbesuch eingestellt. Die kirchliche Institution sei *nicht mehr der entscheidende Bezugspunkt* einer Identifikation mit dem Katholizismus.

Was in dem Zusammenhang vielfach als „retour du religieux“ bezeichnet und – so auch bei Kepel – als Basis für Rechristianisierungsabsichten angesehen wird, sieht diese Forschergruppe eher auf betont das religiöse Zeugnis pflegende *Minderheiten* im Katholizismus begrenzt. Die Studie bestätigt ihrerseits die von der Religionssoziologin *Danièle Hervieu-Léger* (in: *Renouveaux et traditions*, Paris 1990; vgl. HK, Januar 1991, 50) gemachte Beobachtung, daß diese Minderheiten mit ihren Versuchen, zur Vergangenheit, zur Tradition zurückzukehren – und das in einer stark gefühlsbetonten Gruppenkultur –, sich der traditionellen Glaubenstraditionen wie „symbolischer Handwerkszeuge“ zur Sicherung des eigenen Bedarfs nach Sinn bedienen, ohne sich aber wirklich in eine traditional entstandene und historisch gewachsene Sicht von der Welt und vom Menschen hineinzubegeben.

## Ein starker Erzbischof von Paris – eine schwache Bischofskonferenz

Nach einer Phase, in der man in Frankreich überrascht neuartige religiös-emotionale Bedürfnisse registrierte (vgl. HK, März 1986, 120 ff.), treten so gegenwärtig die stark *subjektbezogenen Eigenschaften dieser Religiosität* zutage: „Man nimmt. Man läßt liegen. Man nimmt das Paradies – nicht die Hölle. Das Gebet ist gefragt – nicht die Messe. Jesus ja – aber nicht Gott. Oder umgekehrt. Man macht Tischerücken und geht dennoch auch zur Kirche. Man glaubt an die Reinkarnation, an die Telepathie, an fliegende Untertassen und den Heiligen Geist, warum auch nicht? Jedem seinen Cocktail“ – und tut dies ohne jedes schlechte Gewissen (L'Express, 1. 11. 91).

Ist es Zufall oder Teil dieser religiös-kirchlichen Unübersichtlichkeit, wenn ausgerechnet jetzt die katholische Kirche eher einen geschwächten, in sich uneinigen, mit sich selbst beschäftigten Eindruck macht? Die Bischofskonferenz scheint *nicht wirklich handlungsfähig* zu sein; Meinungsverschiedenheiten sind größer geworden; unterschiedliche Positionen lähmen und neutralisieren sich gegenseitig (vgl. HK, Dezember 1991, 587). Von den Diözesen z. T. nur widerwillig hingenommene Bischofsnennungen tun auch hier ihre Wirkung (vgl. HK, März 1988, 110 ff.). Der hohe Anteil von Ordensleuten und Mitgliedern geistlicher Gemeinschaften schuf einen für Frankreich neuen Bischofstyp. Man sagt ihnen nach, stärker als ihre Vorgänger auf den *lokalen Raum ihrer Ortskirche* ausgerichtet zu sein: „Sie sind weniger gewillt, eine

Rolle auf nationaler Ebene zu spielen. Auf diese Weise führen diese Ernennungen dazu, den Einfluß der Bischofskonferenz kleiner werden zu lassen“ (The Tablet, 5. 10. 91).

Ein starker Konferenzvorsitzender, der dieses Defizit wettmachen und integrierend wirken könnte, fehlt – Erzbischof *Joseph Duval* von Rennes, der im Herbst 1990 gewählte Vorsitzende, scheint jedenfalls dieses Gewicht nicht zu besitzen. Der einzige starke Mann im Episkopat, der Pariser Erzbischof *Jean-Marie Lustiger*, wurde bisher nicht Konferenzvorsitzender, weil er auch ohne dieses Amt in den Augen nicht weniger seiner Kollegen im Bischofsamt bereits sehr dominierend ist, außerdem die Medien für sich zu nutzen weiß wie kein zweiter – was in Frankreich sehr viel bedeutet. Schließlich verfügt er über ausgezeichnete Verbindungen nach Rom und versteht es weiterhin, seinen Einfluß bei Bischofsnennungen entscheidend zur Geltung zu bringen. „Das Ziel ist, die Einheit der französischen Bischofskonferenz zu brechen und die Ortskirchen zu betonen“ (The Tablet, a.a.O.). Wenn der Bischof von Sens und Auxerre und langjährige Sekretär der französischen Bischofskonferenz, *Gérard Defois*, in einem Interview betonte, Bischöfe müßten Männer der „Kommunikation“, der „Einheit“ sein (in: *Il Regno*, 18/91), klang das so, als wolle er damit sagen, dies sei bei vielen der neueren Bischöfe gerade nicht oder zuwenig der Fall.

Wie dringend diese kirchliche Einheit benötigt wird, zeigt sich mehr und mehr daran, daß der französische Katholizismus zu zerfallen droht in Teilmilieus, die – wenn sie sich schon nicht ausdrücklich bekämpfen – faktisch aneinander vorbeileben. Als sich Ende November letzten Jahres in Saint-Ouen auf Einladung einiger Bewegungen und der Zeitschriften *Témoignage Chrétien*, *L'actualité religieuse dans le monde*, *Croyants en liberté* und *La Vie* mehr als 4000 Christen trafen, bemerkte der Chronist von *Le Monde* (26. 11. 91): „Der französische Katholizismus ähnelt mehr und mehr einer Ansammlung von ‚Netzen‘, die sich gegenseitig ignorieren.“

In dem von diesen Zeitschriften repräsentierten Teil des französischen Katholizismus, dem Rest derjenigen, die man früher „Linkskatholiken“ nannte, bemüht man sich seinerseits Position zu beziehen angesichts des wachsenden Gewichts der charismatischen und von ihnen als „konservativ“ eingestuften Gruppierungen. Andererseits scheint sich hier – durchaus eine Parallele zu den entsprechenden Stimmungen in der französischen Gesellschaft überhaupt – zugleich die Tendenz zu verstärken, nicht fortwährend in jenen pessimistischen Jammerton einzustimmen, mit dem man einige Jahre lebte. *Le Monde* berichtete von der Entschlossenheit der Anwesenden zu einer „doppelten Passion für die Welt und die Kirche . . .“ In Ansätzen deutet sich auch hier die Bereitschaft an, die allzu bekannten Grabenkämpfe der Vergangenheit zu überwinden – auch wenn die Versuchung groß ist, sich mit dem zufriedenzugeben, was in der kleinen Gruppe der Gleichgesonnenen bereits heute möglich ist.

Klaus Nientiedt